

Die Schweiz in der Zeit der Weltkriege (1914-1945)



Bruder Klaus, der im 15. Jahrhundert den Eidgenossen die Einheit predigte, schützt sein Land zur Zeit des Kriegs. Gemälde von 1944 in der Emmaus-Kapelle nahe Bremgarten, Kanton Aargau. © EDA, Präsenz Schweiz

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebte die Schweiz nicht nur zwei Weltkriege, sondern auch eine Zwischenkriegszeit, die eine schwere Wirtschaftskrise und grosse politische Verunsicherung brachte. Obwohl die Schweiz zweimal vom Krieg verschont blieb, wurde die Entwicklung im Innern aussergewöhnlich stark von den politischen Ereignissen im Ausland beeinflusst.

Wirtschaftlich zeigte sich in den Kriegen die Abhängigkeit der Schweiz von Einfuhren und Ausfuhren. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 stürzte das Land in eine jahrelange Depression.

Innenpolitisch prägte der Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien und der Linken das vor allem nach dem Landesstreik von 1918 angespannte Klima. Das änderte sich erst in den 1930er-Jahren, als unter dem Eindruck der Bedrohung aus dem Ausland die politischen Kräfte zusammenrückten. Die Wahl des Sozialdemokraten Ernst Nobs in den Bundesrat 1943 besiegelte den nationalen Schulterschluss.

Die Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg



"Helvetia" und "Argentina": Feiern zum 1. August (Schweizer Nationalfeiertag) in Baradero, Argentinien, 1907. © Musée historique Lausanne

Der Beginn des Jahrhunderts war geprägt von einem weiterhin rasanten wirtschaftlichen Wachstum. Der Wert der Ausfuhren verdoppelte sich von 1887 bis 1912. Ein Drittel der Bevölkerung verdankte das Einkommen direkt oder indirekt dem Aussenhandel. Pro Kopf gerechnet stand die Schweiz bei den Maschinenexporten und zeitweise sogar bei der Gesamtheit der Exporte weltweit an erster Stelle, noch vor Grossbritannien und Deutschland.

Was die Beschäftigungszahlen anbetraf, war die Textilindustrie (Stoffe und Kleider) führend. Fast die Hälfte aller in der Industrie Beschäftigten arbeiteten im Jahr 1900 in dieser Branche.

Zwar wanderten weiterhin viele Schweizerinnen und Schweizer aus (50 000 zwischen 1900 und 1910). Doch die Wanderungsbilanz blieb positiv, da viele Ausländer Arbeit in der Schweiz fanden, vorwiegend im Baugewerbe. Deren Anteil betrug beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs fast 15% der Bevölkerung, ein Spitzenwert in Europa.

Der Erste Weltkrieg (1914–1918)

Während des Ersten Weltkriegs (1914-1918) blieb die neutrale Schweiz vom Krieg verschont. Sie hatte ihre Armee aufgebildet; Ulrich Wille war Oberbefehlshaber. Während des Krieges herrschten Spannungen zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz, da in der Deutschschweiz viele mit den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn, viele Welsche dagegen mit der Entente Frankreichs, Grossbritanniens und ihrer Verbündeten sympathisierten. Mit Neutralitätswidrigen Handlungen zugunsten Deutschlands und Österreich-Ungarns stellten führende Vertreter aus Politik und Armee den Zusammenhalt einige Male auf eine schwere Probe.

Auch die soziale Unrast stieg stetig an. Während des Kriegs mussten die Männer zum Schutz der Grenzen Hunderte von Tagen Militärdienst leisten. Sie erhielten nur einen geringen Sold und keinen Ersatz für den Lohnausfall. Wegen Versorgungsschwierigkeiten verdoppelten sich gleichzeitig die Preise für Grundnahrungsmittel und Mieten. Da der Staat die Kosten für die Mobilmachung auch durch die Notenpresse aufbrachte, verloren Ersparnisse mit der Inflation an Wert.

Der Landesstreik (1918)

Die schwierige wirtschaftliche Situation am Kriegsende machte vor allem der Arbeiterschaft schwer zu schaffen. Im November 1918 eskalierten die Gegensätze ähnlich wie in Deutschland und anderswo.

Ein Landesstreik wurde ausgerufen, an dem sich mehr als eine Viertelmillion Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten. Doch ein Truppenaufgebot des Bundesrates erzwang den Abbruch des Streiks. Die Zahl der direkten Opfer war gering (vier Tote). Aber unter den Soldaten im Ordnungsdienst forderte die Spanische Grippe 3000 Todesopfer. Sie stammten zumeist aus ländlichen Gebieten, mit einem Grund, weshalb sich Arbeiter- und Bauernschaft nachhaltig entfremdeten.

Einige Forderungen des Landesstreiks wurden bald umgesetzt, so das Proporzsystem für die Nationalratswahlen und die Reduktion der Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche. Andere Postulate, wie das Frauenstimmrecht und eine Altersversicherung, mussten noch lange auf die Umsetzung warten.

Die Zwischenkriegsjahre (1918–1939)

Eine Volksinitiative erreichte 1918 die Einführung des Proporzsystems für die Wahl des Nationalrates. Daraufhin verlor die Freisinnig-Demokratische Partei bei den Nationalratswahlen im Jahr 1919 zwei Fünftel ihrer Sitze und die absolute Mehrheit im Parlament.

Am meisten profitierten die Sozialdemokraten und die neu gegründete, konservativ-reformierte Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). Die Sozialdemokraten galten trotz dieses Erfolgs für eine Mehrheit des Parlaments nicht als regierungsfähig, weil sie nach dem Landesstreik die Armee ablehnten und als „Internationalisten“ verdächtigt wurden, einer kommunistischen Revolution wie in der Sowjetunion den Weg zu bahnen.

Dagegen bildete sich ein bürgerlicher Block: Die Freisinnigen stellten weiterhin die Mehrheit im Bundesrat, doch nahmen sie 1919 einen zweiten Katholisch-Konservativen und 1929 einen Vertreter der BGB in die Landesregierung auf.

Die Sozialdemokratische Partei nutzte in der Folge Initiativ- und Referendumsrecht, um auf die Anliegen der Arbeiterklasse aufmerksam zu machen. Da sie vor allem in Industriezentren und Grossstädten, aber auch in einigen Kantonen Regierungsverantwortung übernahm, entwickelte sie sich allmählich von einer Partei, welche die Konfrontation und den Klassenkampf suchte, zu einer Reformpartei, zumal der linke Flügel sich 1921 als Kommunistische Partei abspaltete.

Die Wirtschaft



Maurerausbildung für Arbeitslose im Jahr 1932. © 2003 Schweizerisches Nationalmuseum Zürich

Die Nachkriegsdepression der frühen 1920er-Jahre, vor allem aber die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1936 trafen die Schweiz stark. Die Exporte verringerten sich wertmässig um einen Drittel, die Arbeitslosenzahl stieg von gut 8000 (0,4%) im Jahr 1929 auf 93 000 Personen (4,8%) auf dem Höhepunkt der Krise 1936.

Die Textilindustrie erholte sich nie mehr von der Krise. Auch die Grossbanken gerieten in erhebliche Schwierigkeiten und sahen ihre Bilanzsumme 1936 halbiert. Zur langen Dauer der Depression trug entscheidend bei, dass Bundesrat und Nationalbank hartnäckig an einer Deflationspolitik festhielten und den starken Franken erst 1936 um 30% abwerteten.

Die Aussenpolitik

Um künftig Kriege zu vermeiden, gründeten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs 1920 den Völkerbund mit Sitz in Genf. In einer Volksabstimmung entschied sich im gleichen Jahr eine knappe Mehrheit der Schweizer Bürger für einen Beitritt zu dieser supranationalen Organisation. Der Völkerbund gestand der Schweiz auch die „differenzielle Neutralität“ zu: Sie musste gegebenenfalls an wirtschaftlichen, nicht aber an militärischen Sanktionen teilnehmen.

In der Abstimmung wurde der Völkerbund aber vor allem deshalb bekämpft, weil ihm die besiegten Mittelmächte Deutschland und Österreich (vorerst) nicht angehören durften. Auch die 1917 errichtete kommunistische Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) war im Völkerbund nicht vertreten. Gegen deren Beitritt wehrte sich die Schweiz entschieden, die bis 1944 keine diplomatischen Beziehungen mit Moskau unterhielt; gleichwohl wurde die UdSSR 1934 in den Völkerbund aufgenommen.

Der Bundesrat und ein Grossteil der Bevölkerung standen dem Kommunismus viel kritischer gegenüber als dem Faschismus, der sich in Italien 1922 unter Mussolini etablierte. Die Schweizer Aussenpolitik unter Bundesrat Giuseppe Motta spielte in den 1930er-Jahren die Ängste der rätoromanischen Schweiz herunter, dass Italien die südlichen Alpentäler annekieren würde (Irredentismus). So verzichtete die Schweiz 1936 auf eine Verurteilung und auf ernsthafte Sanktionen, wie sie der Völkerbund verlangte, als die Italiener Abessinien (heute Äthiopien) eroberten.

Der „Frontenfrühling“

Im Gefolge der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland 1933 bildeten sich auch in der Schweiz rechtsgerichtete „Fronten“, in denen vor allem Angehörige des Mittelstands und Bauern zusammenfanden. Die Anführer waren meist junge Akademiker. Die Ideologie der Fronten folgte den Vorbildern in Italien und Deutschland und basierte auf den folgenden Punkten:

Führerprinzip:

Die Frontisten bevorzugten das Führerprinzip, das die als korrupt und ineffizient beurteilte parlamentarische Demokratie überwinden sollte.

Korporativismus:

Der Kapitalismus sollte durch den Korporativismus abgelöst werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten in berufsständischen Korporationen zusammenarbeiten und so ihre Konflikte lösen.

Nationalismus:

Die Frontisten waren nationalistisch und chauvinistisch eingestellt und lehnten alles „Internationale“ ab: Kommunismus, Freimaurertum, Pazifismus, Judentum usw.

Anfänglich sahen manche Bürgerliche in den Frontisten oder „Frönlern“ Verbündete in ihrem Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus. Die Frontisten konnten jedoch nie auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen, da die völkisch-rassistische nationalsozialistische Ideologie und der zentralistische Führerstaat des "Dritten Reichs" dem schweizerischen System mit seiner Gemeindeautonomie, dem Föderalismus und der Mehrsprachigkeit widersprachen. Im Nationalrat kamen die Fronten nicht über einen einzigen Gewählten während einer Legislatur hinaus.

Eine Volksinitiative der Frontisten und anderer rechtsgerichteter Gruppen, die u.a. auf eine ständestaatliche Verfassung abzielte, wurde 1935 von mehr als 70% der Stimmenden abgelehnt, erreichte aber gute Resultate in einigen katholisch-konservativen Kantonen.

Geistige Landesverteidigung

Angesichts der politischen und militärischen Bedrohung durch das expansive "Dritte Reich" fanden sich die grossen Schweizer Parteien und die wichtigsten gesellschaftlichen Kreise jenseits der ideologischen Unterschiede in der „Geistigen Landesverteidigung“. Die Sozialdemokraten bekannten sich 1935 zur bewaffneten Landesverteidigung und anstelle des Klassenkampfes zur friedlichen Lösung von Interessengegensätzen der Sozialpartner, wie sie Unternehmer und Gewerkschaften 1937 im „Friedensabkommen“ in der Maschinen- und Metallindustrie festlegten. Im Gegenzug akzeptierten die Bürgerlichen die Sozialdemokraten als demokratische linke Oppositionspartei. Die erfolgreiche Volksabstimmung über die Bundesfinanzreform von 1938 bewies erstmals die Handlungsfähigkeit einer breiten Koalition von Parteien und Verbänden.

Die Geistige Landesverteidigung beruhte, je nach Partei, auf unterschiedlichen Prinzipien und hatte an den Rändern des politischen Spektrums auch undemokratische, antiparlamentarische Züge. Gemeinsam war den Trägern der Geistigen Landesverteidigung aber die Überzeugung, dass die Unabhängigkeit der Schweiz gegen die beiden totalitären Nachbarstaaten Deutschland und Italien um jeden Preis gewahrt werden musste. Das Fremde, „Unschweizerische“ galt es dagegen fernzuhalten, so auch die nazistische Weltanschauung mit ihren Leitbegriffen wie „Volk“, „Rasse“, „Blut“ und „Führertum“.

Gegen die territorialen Ansprüche des faschistischen Italien („Irredentismus“) und zur Stärkung der sprachlichen Vielfalt wurde 1938 das Rätoromanische als vierte Landessprache anerkannt.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs



Bau von Panzersperren in den 1940er-Jahren. Diese Panzersperren werden auch "Toblerone" genannt, da sie aussehen wie die berühmte Schweizer Schokolade gleichen Namens. © Theo Frey / Schweizerisches Bundesarchiv Bern

In der Zeit vor und während dem Zweiten Weltkrieg verfolgte die Schweiz in erster Linie das Ziel, ihre Unabhängigkeit zu bewahren und nicht in das Kriegsgeschehen hineingezogen zu werden.

Schon in den 1930er-Jahren erhöhte die Schweiz das Verteidigungsbudget, intensivierte die lange vernachlässigte Ausbildung und Ausrüstung der Schweizer Armee und traf bauliche Massnahmen zur Landesverteidigung.

Beim Kriegsausbruch erging am 1. September 1939 die Generalmobilmachung an 430 000 Mann Kampftruppen und 200 000 Hilfsdienstpflichtige. Die Bundesversammlung wählte den Waadtländer Henri Guisan zum General, das heisst zum Oberkommandierenden der Schweizer Armee.

Die Landesverteidigung war anfänglich darauf ausgerichtet, einen deutschen Umgehungsangriff südlich der französischen Maginotlinie über die Schweiz gegen Frankreich zu verhindern. Deshalb wurden 1939 die Abwehrstellungen vor allem an der Grenze im Norden errichtet, der Limmatlinie.

Der Rückzug in das Reduit



Operationssaal in einem Militärspital um 1940. © Theo Frey / Schweizerisches Bundesarchiv Bern

Die unerwartet schnelle Niederlage Frankreichs im Juni 1940 stellte die Schweiz vor die schwierige Situation, dass das Land bis auf eine kleine Lücke bei Genf, hin zu Vichy-Frankreich, von den Achsenmächten Italien und Deutschland vollständig umgeben war.

Die Schweizer Flugwaffe wurde während des Frankreichfeldzugs in einige Kämpfe mit deutschen Fliegern verwickelt und verzeichnete Abschüsse und eigene Opfer. Guisan befahl darauf, die Kämpfe zu vermeiden, um Hitler nicht unnötig zu reizen. 1940 und wieder gegen Kriegsende wurde die Schweiz Opfer von versehentlichen Bombenabwürfen der Alliierten. Am schlimmsten getroffen wurde Schaffhausen, wo am 1. April 1944 vierzig Menschen bei einem amerikanischen Luftangriff ihr Leben verloren.

Nach dem deutschen Sieg über Frankreich im Sommer 1940 waren die meisten Schweizer und Schweizerinnen verunsichert oder entmutigt. Der Bundesrat, vertreten durch Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz, sprach in einer umstrittenen Radioansprache an das Volk von der Notwendigkeit, sich ohne Rücksicht auf „veraltete Formen“ den „neuen Verhältnissen“ anzupassen.

Als gegensätzliche Position wurde später die Rede gedeutet, die General Guisan am 25. Juli 1940 auf dem Rütli vor seinen hohen Offizieren hielt, um den Rückzug in das Reduit zu erklären: Das Gros der Armee sollte in den Alpenraum zurückgezogen und das Mittelland mit dem Grossteil der Bevölkerung nicht nachhaltig verteidigt werden. Die Überlegung ging dahin, dass die Schweiz den für die Achsenmächte wichtigen Alpen transit gewährleiste, solange sie in Ruhe gelassen werde, während im Kriegsfall das Reduit die Verbindungen zwischen Deutschland und Italien dauerhaft unterbrochen hätte.

Der Rückzug ins Reduit und die Verlagerung des Kriegsgeschehens in den Süden und den Osten Europas erlaubten die Demobilisierung zahlreicher Verbände, wodurch der Wirtschaft wieder mehr Arbeitskräfte zur Verfügung standen.

Der Alltag während des Weltkriegs



"Wegen Aktivdienst bis zum 3. Juli geschlossen". Die Schweizer Männer mussten während des Kriegs im Rahmen eines Ablösungsdiensts mehrwöchigen Militärdienst (Aktivdienst) leisten, durchschnittlich 800 Tage pro Soldat. © Schweizerisches Bundesarchiv Bern



Lebensmittelkarte für Mehl und Fett. Die Rationierung wichtiger Lebensmittel begann am 30. Oktober 1939 und wurde erst im Juli 1948 endgültig aufgehoben.

Die Bevölkerung wurde schon vor Kriegsbeginn dazu aufgefordert, Notvorräte zu lagern und Schutzräume für den Fall von Luftangriffen einzurichten. In der „Anbauschlacht“ wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche im Land, vor allem für Kartoffeln, fast verdoppelt. Der Selbstversorgungsgrad stieg dadurch von 52 auf 59%. Auch durch Rationierung und Preisüberwachung blieb die Schweizer Bevölkerung, anders als im Ersten Weltkrieg, von massiven Versorgungsengpässen und hohen Preisen verschont.

Zudem erhielten die Soldaten, die während des Zweiten Weltkriegs Dienst leisteten, anders als 1914-1918 Erwerbersatzzahlungen. Mit der Finanzierung über Lohnprozente wurde das Modell für die spätere Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) entwickelt.

Der Bundesrat regierte mit ausserordentlichen Vollmachten, doch wurde das parlamentarische System nicht grundsätzlich eingeschränkt. Es fanden weiterhin Volksabstimmungen und Wahlen statt, und 1943 wurde der Nationalrat turnusgemäss neu gewählt.

Der grösste Teil der Bevölkerung lehnte die nationalsozialistische und faschistische Ideologie und das bedrohliche "Dritte Reich" ab. Die bedeutendste nazifreundliche Partei, die Nationale Front, zählte 1939 gerade 2300 Mitglieder. 1940 wurden diese Partei und andere faschistische Organisationen, aber auch die Kommunistische Partei verboten.

Fast alle Schweizer Zeitungen – gerade die deutschsprachigen – sympathisierten mit den Alliierten. In Deutschland waren sie schon kurz nach Hitlers Machtergreifung verboten worden. Im Krieg wählten sie jedoch eine vorsichtige Sprache, zumal die Nachzensur gegen unliebsame Artikel vorging, welche die ohnehin schwierigen Beziehungen zu Deutschland hätten weiter trüben können.

Das Schweizer Radio sendete wöchentlich Programme von Jean-Rodolphe von Salis (auf Deutsch) und René Payot (auf Französisch), die auch im besetzten Europa gehört wurden und mit ihren nüchternen Analysen des Kriegsverlaufs einen wichtigen Einfluss auf die Meinungsbildung hatten.

"Das Wort Neutralität wurde in der Schweiz missbraucht. Wir sind im Begriff, aus einem abstrakten Konzept einen Fetisch zu schaffen und das reale, unmittelbare Konzept der Unabhängigkeit zu vergessen. Wenn wir bedroht werden, sollten wir nicht neutral bleiben, sondern für die Freiheit kämpfen..."

René Payot, (1894-1970) im Radio Genève, am 1. Januar 1940

Die Schweizer Wirtschaft



Holztransport im Gebirge, 1940. © Theo Frey / Schweizerisches Bundesarchiv Bern

Deutschland war bereits vor dem Krieg einer der wichtigsten Handelspartner der Schweiz, obwohl Wirtschaftskrise und Devisenkontrolle den Austausch erschwerten. In den Kriegsjahren nahmen die Exporte in Richtung Deutschland markant zu. Der Handel mit den Alliierten war durch die Einschliessung durch die Achsenmächte stark erschwert und machte nur noch einen Drittel des Handels mit dem "Dritten Reich" aus. 1940-1942 gingen 45% aller Exportgüter an Deutschland und Italien. Den grössten Anteil daran hatten (Werkzeug-) Maschinen, Motoren, weitere Erzeugnisse aus Eisen und Stahl, Präzisionsinstrumente, Fahrzeuge und chemische Produkte. Aber auch Waffen und Munition, also Güter, die direkt für die Kriegführung eingesetzt werden konnten, wurden an die Achsenmächte geliefert.

Die Haager Konvention von 1907 erlaubt Unternehmen in neutralen Staaten, freien Handel mit den kriegführenden Parteien zu treiben. Dazu gehört auch der Export von Waffen, allerdings nur aus privater Produktion. Die Schweiz exportierte jedoch auch Waffen aus staatlichen Betrieben. Ebenso subventionierte sie die Waffenausfuhr, welche die Schweiz nach bilateralen Verhandlungen mit dem "Dritten Reich" in der Höhe von letztlich über 1,1 Milliarden Franken („Clearingmilliarde“) gewähren musste, um die Landesversorgung sicherzustellen und die Beschäftigungslage zu verbessern.

Die rohstoffarme Schweiz war auf Importe aus Deutschland und Italien angewiesen, die alle Zufahrtswege kontrollierten. Zu diesen Gütern gehörten u.a. Kohle, Eisen, Brennstoffe, Saatgut und Rohstoffe für die Fabriken sowie Nahrungsmittel – also Güter, welche die beiden kriegführenden Nachbarn selbst gut hätten gebrauchen können. Dafür ging die Schweiz Konzessionen ein. So rollte der Transitverkehr auf der Schiene

zwischen Italien und Deutschland ungestört weiter und die Nationalbank kaufte Gold von der deutschen Reichsbank, obwohl deren Direktoren wussten, dass es sich dabei um beschlagnahmtes Gold der Zentralbanken besetzter Länder (sog. Raubgold) handelte.

"An sechs Tagen pro Woche arbeiten die Schweizer für Hitler-Deutschland, am siebten Tag beten sie für einen Sieg der Alliierten."

Schweizer Redeweise der Kriegszeit

Die Flüchtlingspolitik (1933-1945)



Flüchtlinge aus Frankreich in einer Empfangsstelle im Jura, 1940. © Theo Frey / Schweizerisches Bundesarchiv Bern

Nach der Machtergreifung der Nazis in Deutschland flohen bis zum Herbst 1933 rund 2000 Flüchtlinge (vorwiegend Juden und Oppositionelle) aus Deutschland in die Schweiz. Ende 1938, nach dem Anschluss Österreichs, befanden sich 10 000 Flüchtlinge im Land. Sie wurden nicht mit offenen Armen empfangen: Wegen der angespannten Wirtschaftslage waren viele Einheimische nicht erfreut über die mögliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Unterbringung und Fürsorge wurden den jeweils nahestehenden Gemeinschaften überantwortet, also zumeist jüdischen Organisationen oder solchen der Arbeiterschaft.

1938 akzeptierte der Bundesrat nach schweizerisch-deutschen Verhandlungen, gegen den Widerstand von Heinrich Rothmund, dem Chef der Fremdenpolizei, dass ein 'J'-Stempel in die Pässe deutscher Juden eingetragen wurde. So konnten die Schweizer Behörden bei der Einreise Juden von anderen Deutschen unterscheiden. Heinrich Rothmund und mit ihm die Landesregierung und weite Teile der Bevölkerung, vertraten die Ansicht, man müsse verhindern, dass die Schweiz mit Leuten überschwemmt werde, die sich der schweizerischen Lebensart nicht anpassen könnten. Gleichzeitig verurteilte er die barbarische Art und Weise, wie die Nazis ihre jüdische Bevölkerung behandelten.

Im Juni 1940 überschritt eine grosse Zahl französischer und polnischer Soldaten die Grenze im Jura, nachdem sie von den Deutschen abgedrängt worden waren. Gemäss Haager Konvention mussten Soldaten aller Kriegsparteien, die in ein neutrales Land flohen, auf Kosten ihres Heimatlands interniert werden. Sie wurden meistens als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft oder auf dem Bau eingesetzt. Insgesamt wurden während des Kriegs über 100 000 Soldaten vorübergehend in der Schweiz interniert.

Dazu beherbergte die Schweiz insgesamt über 180 000 Zivilpersonen: rund 55 000 erwachsene Flüchtlinge, wovon rund die Hälfte Juden, fast 60 000 Kinder zu befristeten Erholungsaufenthalten und über 66 000 sogenannte Grenzflüchtlinge, die sich bei Kampfhandlungen kurz in der Schweiz aufhielten.

Der deutsche Jude Gerhart Riegner, der 1933 in die Schweiz geflohen war, informierte als einer der Ersten 1942 von Genf aus die Weltgemeinschaft darüber, dass die Nazis Pläne zur Vernichtung der Juden verfolgten.

Nachdem Nazi-Deutschland mit der Deportation der Juden aus Westeuropa in die Vernichtungslager begonnen hatte, beschlossen die Schweizer Behörden im August 1942, die Grenzen zu schliessen: „Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z.B. Juden, gelten nicht als politische Flüchtlinge.“ Diese Massnahme führte zu Vorsprachen, etwa von Kirchenvertretern, und zu einer Parlamentsdebatte, worauf der Bundesrat die harten Kriterien etwas milderte: Kranke, Schwangere, Ältere über 65 Jahren, Alleinreisende unter 16 Jahren,

Eltern mit Kindern unter sechs Jahren sowie Personen mit nahen Verwandten in der Schweiz sollten nicht zurückgewiesen werden. Man schätzt, dass in den Kriegsjahren rund 20 000 jüdische Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen und rund 10 000 Visumanträge abgelehnt worden sind.

Auch wenn die aufgenommenen Flüchtlinge vom Bund untergebracht wurden, blieb die Flüchtlingshilfe zu einem grossen Teil kirchlichen und humanitären Gruppierungen überlassen. Viele Schweizerinnen und Schweizer setzten sich tatkräftig für die Flüchtlinge ein, zum Teil gegen die Politik der Behörden, so etwa bereits 1938 der deswegen abgesetzte St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüniger, die „Flüchtlingsmutter“ Gertrud Kurz oder der Schweizer Vizekonsul in Budapest, Carl Lutz.

Das Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs hatte neben hellen Seiten auch verschiedene Schattenseiten: Waffenlieferungen an Nazi-Deutschland, der Ankauf von Raubgold sowie die Flüchtlingspolitik gehörten dazu. Nach dem Krieg bemühten sich ausserdem die Banken nicht darum, die nachrichtenlosen Vermögen von Opfern des Holocaust deren möglichen Erben zuzuführen; oft erschwerten sie diesen mit bürokratischen Anforderungen sogar noch die Suche danach.

Diese Probleme waren nicht unbekannt, wurden aber in der Schweiz kaum mehr diskutiert, als sie ab 1996 grosses internationales Interesse fanden. Die Schweiz sah sich etwa mit dem Vorwurf konfrontiert, sie habe den Krieg verlängert, da sie Deutschland mit Kriegsmaterial beliefert hatte. Zur Abklärung solcher Vorwürfe setzte der Bundesrat eine Kommission unter der Leitung des Historikers Jean-François Bergier ein. In ihrem 2002 veröffentlichten Bericht kam die Bergier-Kommission unter anderem zum Schluss, die Schweiz habe im Zweiten Weltkrieg zahlreiche jüdische und andere Flüchtlinge aufgenommen, aber vielen nicht nur die Einreise in die Schweiz verweigert, sondern einige sogar direkt an Nazi-Deutschland ausgeliefert.